

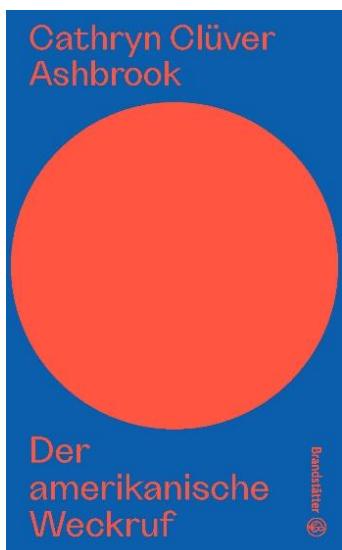
Presseinformation

»Die Gleichzeitigkeit und Geschwindigkeit, mit der Donald Trump und die MAGA-Strategen eine 250 Jahre alte Demokratie entkernen, muss uns Weckruf sein.«

Cathryn Clüver Ashbrook

Der amerikanische Weckruf

Brandstätter



2026 feiert die amerikanische Demokratie ihr 250. Jubiläum – und war noch nie so gefährdet wie heute. Donald Trump ist zurück an der Macht und betreibt effizient den Umbau des Verfassungsstaates hin zu einem totalitären politischen System. Was bedeutet das für Europa und was kann Deutschland daraus lernen? Und wie verhindern, dass amerikanische Verhältnisse Einzug halten? In ihrem ersten Buch beschreibt Cathryn Clüver Ashbrook nicht nur die systematische Aushöhlung der Demokratie in den USA, sondern zeigt vor allem auch die strategischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die diese Entwicklung begünstigen.

Ein historisches Jubiläum trifft auf eine historische Zäsur: Während die Vereinigten Staaten ein Vierteljahrtausend Verfassungsstaat

feiern, gerät die amerikanische Demokratie immer mehr unter Druck: durch systematische Schwächung der Gewaltenteilung, ideologische Kontrolle von Bildung und Medien, juristische Umdeutung von Machtbefugnissen und Einschüchterung politischer Gegner. Was viele als Chaos oder Einzelfälle abtaten, ist Teil einer langfristigen Strategie. Die transatlantische Politikexpertin Cathryn Clüver Ashbrook analysiert in *Der amerikanische Weckruf* die Mechanismen, die derzeit in den USA greifen, und wie diese in Europa und auch in Deutschland einziehen. Eine Gesellschaft, die geprägt ist von der Freiheit einer liberalen Demokratie, sieht oft zu spät die Angriffspunkte von innen. Gerade dort, wo Institutionen schwach, Bildungssysteme ungeschützt und Öffentlichkeit fragmentiert sind, greifen autoritäre Strategien besonders leicht.

***Der amerikanische Weckruf* ist ein Handbuch für die demokratische Selbstverteidigung. Es benennt die Schwächen, die Populisten systematisch ausnutzen und beleuchtet, welche Lehren wir aus dem amerikanischen Fall ziehen müssen und was auf politischer, juristischer und gesellschaftlicher Ebene jetzt zu tun ist.**

Cathryn Clüver Ashbrook: *Der amerikanische Weckruf*

208 Seiten | Hardcover

€ 22,00

ISBN 978-3-7106-0932-9

Erscheinungstermin: 14. Januar 2026 bei Brandstätter

Die Autorin



© Bertelsmann Stiftung, Sebastian Pfuetze

Cathryn Clüver Ashbrook ist deutsch-amerikanische Politikwissenschaftlerin und eine der profiliertesten transatlantischen Stimmen der Gegenwart. An der Harvard Kennedy School war sie Mitbegründerin des Future of Diplomacy-Projekts und leitete das Project on Europe and the Transatlantic Relationship. Die ehemalige Direktorin und Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik begann ihre Karriere als Fernsehjournalistin bei CNN International in Atlanta und London, war Mitglied des Vorstands des European Policy Centre in Brüssel und als Strategieberaterin bei Roland Berger in Shanghai, Peking, Hamburg und Paris tätig. *Der amerikanische Weckruf* ist ihr erstes Buch.

Veranstaltungen

11.02.2026: [Berlin, Urania \(Buchpremiere\)](#)

Weitere Termine folgen in Kürze.

Fünf Fragen an die Autorin

Für Deutschland war Amerika, gerade nach den Erfahrungen im Dritten Reich, in Bezug auf Freiheit und Demokratie ein Vorbild. Nun erleben wir den historischen Moment, wie ein ganzes Land innerhalb kürzester Zeit politisch umgebaut wird. Wie konnte es dazu kommen?

Autokratische Bewegungen arbeiten immer systematisch. In der Neuzeit arbeiten sie sowohl systematisch als auch strategisch und zersetzen ein demokratisches System von innen – bislang Stück für Stück, wie man beispielsweise an Ungarn, der Türkei und anderen Ländern Osteuropas sieht. Nun geschieht das mit der ältesten, verfassungrechtlich verankerten Demokratie der Welt, die für so viele westliche Länder und deren Verständnis von der Beziehung des Einzelnen zum Staat grundsätzlich war. Aber, wie die amerikanischen Verfassungsväter bereits 1776 anmahnten: Demokratie ist eine Praxis. Eine aufgeklärte Bevölkerung muss bereit sein, sich der Verantwortung der Demokratie zu stellen, mit ihr sorgsam umzugehen, so der Wunsch der Verfassungsväter. Wenn sie diese Aufgabe vernachlässigen, so wussten schon die Philosophen der Gründungszeit, bräuchte nur jemand mit „genügend Ambition“ und Böswilligkeit kommen, und die Schwächen einer Demokratie könnten zu deren Achillesverse werden. Diese Sorge ist nun Realität geworden. Über 40 Jahre wurde in verschiedenen Bereichen die Saat gelegt um einen beschleunigten Staatsumbau zu ermöglichen. In der ersten Amtszeit Trump, in der das (noch) nicht gelang, wurde gelernt, nachgebessert und die Arbeit an der politischen Basis ausgebaut. Die MAGA Bewegung arbeitet mit den Schwächen einer Verfassung (dem zweiten Verfassungsartikel) gegen die Gewaltenteilung, die die Verfassung einst vorsah, und überhöht die Rolle des Präsidenten – mit allen Folgen, die uns jetzt so gegenwärtig sind: die Schwächung von Kongress und Justiz, die Zersetzung des Staatsapparats und der Bürokratie, der Machtanspruch über alle

politischen Bereiche. Die Vorbereitung ging erst schleichend und dann ganz schnell, und sie setzte voraus, dass es „Vordenker“ gab, die auf die Schwächen einer Gesellschaft und eines Wirtschaftssystems aufsetzen konnten um ein neues, ideologisch-geprägtes Narrativ der USA zu formen, das die Grundideen der Aufklärung und der Moderne torpedieren könnte. Ganz soweit sind wir noch nicht – und das Land beginnt zu realisieren, welche historische Veränderung im Raum steht – aber auch die USA kann sich nicht autokratisierenden Kräften entziehen.

Auch in Deutschland rückt die Gefährdung von Freiheit und Demokratie immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit. Was können wir von Amerika lernen? Und in wieweit unterscheiden sich die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen?

Die Strategien und Taktiken, die zur Aufweichung des sozialen Kitts und einer integrierten Gesellschaftsstruktur angewandt werden, sind die gleichen – ein Testen und Ausreizen der Normen und der gesellschaftlichen Resilienz, durch deren Narrative populistisches Gedankengut erst in die Mitte des politischen Diskurses rücken kann und dort zersetzend wirkt, Unterwanderung des Justizapparats (in Deutschland gerade die Landesverfassungsgerichte), ein gezieltes Angehen der Schulen, die strukturell der Ort des Pluralismus und der erlernten Streitkultur sind (wenngleich mit unterschiedlichen, kulturell-relevanten Ansätzen), und der Aufbau alternativer Medien- und Informationsräume – in beiden Ländern zunehmend gut finanziert, gerade auch aus einem transatlantisch-agierenden Netzwerk. Deutschland und Europa „beschützt“ das weniger große Wohlstandsgefälle, die Prinzipien der gesellschaftlichen Solidarität, die geschichtlichen Erfahrungen und ein breites und etabliertes, traditionelles Medienspektrum. Dennoch nimmt das Gefühl der gesellschaftlichen und politischen Entrechtung zu, weil die Transformationsprozesse, die eine komplexe Welt einfordert, immer mehr persönliche Veränderung verlangen. Das Aushandeln von Mehrheitsmeinungen, das in einer Demokratie ein grundlegender Baustein ist, kann damit sehr wohl auch positiv umgehen, in dem man Bürgern mehr Gehör verschafft, viel auf lokalen Austausch und gestaltbare Politikfelder setzt. Oder man kann diese Ängste politisch manipulieren und durch die Beschleunigung digitaler Medien dafür einsetzen, Demokratie-zersetzende Versprechen zu machen: Dass es einfacher sein kann, wenn nicht demokratisch, sondern autokratisch entschieden wird.

Von der Beschleunigung der demokratischen Zersetzung und der Fokussierung auf die Exekutiv-Macht in Washington müssen europäische Demokratien vor allem lernen, wie schnell eine solche Zersetzung und der Ansatz eines ideologischen Umbaus gehen kann, wenn er über Jahre konsequent vorbereitet, finanziert und strategisch und taktisch durchdacht wird. Dass diese „Vorbereitung“ nicht im öffentlichen Raum abläuft, muss auch deutlich sein. Daher gilt es gelebte Demokratie zu praktizieren und deren Vorteile erlebbar zu machen, soziale Gerechtigkeit und Solidarität zu stärken, demokratische Bildung (Stichwort: verbesserte Streitkultur) und Eigenverantwortung in Schulen, Vereinen und Kirchen zu stärken und die Vielfalt der Medienlandschaft – auch unter Nutzung digitaler Medien – aufrechtzuerhalten, damit objektive Wahrheitsfindung und Diskussionskultur ausgebaut werden kann. Wenn ein Land, eine Demokratie nicht mehr als funktionierend wahrgenommen wird, wenn Bürger nicht das Gefühl haben, dass ihr wirtschaftliches Vorankommen und ihre physische Sicherheit

gewährleistet sind, dann wird das institutionelles Vertrauen zerrüttet – und das ist nur schwer zurückzugewinnen.

Ist eine Gesellschaft, die über viele Jahrzehnte in einer stabilen Demokratie groß geworden ist, anfällig für populistische Tendenzen?

Wenn eine Demokratie stabil bleibt, Veränderungen proaktiv angeht und sich dadurch innere Widerstandsfähigkeit gibt, dann nicht. Nur: Demokratien sind lebendige Konstrukte, und wenn Grundfunktionen nicht mehr erfüllt werden bzw. allein wenn Wähler das Gefühl bekommen, dass existente Strukturen der Komplexität der Probleme nicht mehr Herr werden, dann verfangen die einfachen, populistischen Narrative, selbst wenn sie keinen Lösungsplan aufweisen. Wut und Entäuschung sind stark motivierende Gefühle im politischen Raum. Wenn diese vor dem Hintergrund langer Veränderungen Schocks aushalten müssen wie die Finanzkrise 2008, dann entstehen daraus Bruchstellen und Vulnerabilitäten, die dann systematisch von denen augesutzt werden können, die eine Zersetzung im System verfolgen.

Wie ist Ihre Prognose für die nähere Zukunft der Demokratie in den USA? Und welche globalen Auswirkungen werden wir erleben?

Die Antwort auf systemische Schwächung, das zeigt soziologische Forschung seit Jahrzehnten, ist kollektives Handeln – und zwar auf allen Ebenen. Meine Harvard-Kollegin Erica Chenoweth und ihre Ko-Autorin Maria Stephan weisen über viele Jahre und über die Beobachtung vieler, globaler Protestbewegung nach, dass nur 3,5% der Bevölkerung friedlichen Widerstand leisten müssen um Veränderungen zu erreichen. Selbst wenn also die Institutionen, die eine Demokratie beschützen sollen, Machtüberdehnung kontrollieren sollen, wie Judikative und Legislative, ihre Verpflichtung nicht wahrnehmen, dürfen sich gesellschaftliche Akteure nicht spalten lassen. Dazu gehört die Zivilbevölkerung aber zum Beispiel auch Unternehmen, Gouverneure und Bürgermeister. Letztere nehmen ihre Schutzverpflichtung gerade besonders ernst und bauen neue Verbindungen untereinander und global auf – im Gesundheitsbereich und der Impfpolitik, in der Klima- und Umweltpolitik und in der Handelspolitik. Elf Staatsanwälte aus den Bundesstaaten, Gewerkschaften und Unternehmen haben gegen die Zollpolitik der Trump-Regierung geklagt – in erster Instanz mit Erfolg – der Fall ist derzeit eine der wichtigsten Entscheidungen vor dem Obersten Gerichtshof. Kurzum: Aus der Tiefe der amerikanischen Demokratie kommt der Widerstand gegen den strukturellen Umbau. Auch wissen wir, dass autokratisierende Staaten und die damit einhergehende Korruption und Kleptokratie dazu führt, dass BIP-Zahlen schrumpfen, das Wirtschaftswachstum und die Leistungsfähigkeit eines Wirtschaftssystems in der Breite leidet. Wegen der intensiven, wirtschaftlichen Verflechtung des transatlantischen Wirtschaftsraums würde auch Europa unter einer hausgemachten wirtschaftlichen Schwäche der USA – jenseits eines KI-Unternehmen getragenen Aktienmarkts – leiden. Daher gilt es die Souveränität Europas gegenüber den USA in allen Bereichen – militärisch, wirtschaftlich, technologisch – zu stärken und zu schärfen.

Sie sind Deutsch-Amerikanerin, in der amerikanischen militärischen Community von Wiesbaden aufgewachsen und haben lange in den USA gelehrt und gelebt. Wie blicken Sie aktuell auf die Beziehung zwischen Deutschland und den USA?

Viele Deutsche empfinden die Entwicklungen in den USA als persönlichen Verlust – schon in der ersten Amtszeit Trump waren dessen normative Entgleisungen für viele schwer zu ertragen, gar „unamerikanisch“ in ihrem Ansinnen: Ein Amerika, das so offensichtlich mit Partnern und Allierten brechen wollte, das empfanden viele wie einen Todesfall in der Familie. Dieser Eindruck hat sich im letzten Jahr nur verstärkt. Der Vertrauensverlust in amerikanische Politik, in den „guten Amerikaner,“ ist bodenlos, vor allem, weil diese Regierung die Böswilligkeit und Grausamkeit – gerade in der Deportationspolitik, aber auch in der Zollpolitik und in der Ukraine-Politik – immer wieder zur Schau stellt. Politische Differenzen hat es immer gegeben – so ist das unter Freunden, das kommt in den besten Familien vor. Der Irak-Krieg, die Iran-Kontra-Affäre, Abu Ghraib und Guantanamo – das konnten wenige Europäer nachvollziehen. Jetzt aber tut sich eine neue Kluft auf, die viel tiefer geht, als politische Ansichten – sie spricht auch das menschliche Vertrauen an. In diesem Zusammenhang gilt es, auf all das hinzuweisen, was weiterhin auf Partnerschaft einzahlt: Die Verbindungen vieler amerikanischer und deutscher Städte, neue Partnerschaftsverträge zwischen Bundesländern und States auf der COP30 zur Bekämpfung des Klimawandels, Austauschprogramme und vertieftes Engagement in der eigenen Demokratie. Gerade in Zeiten, wo das Unverständnis groß scheint, wo die Motivationen des politischen Handelns sich nur schwer verstehen lassen, gilt es weiterhin, das Gespräch, den Austausch zu suchen – selbst wenn man sich zeitgleich neue, ernsthafte politische Optionen suchen und bauen muss. In der Verteidigung des europäischen Kontinents, in der Definition globaler Sicherheit und rechstaatlicher Ordnung in Handel und Finanzwesen müssen die Europäer nun ihre eigenen Werte neu beweisen, auch dafür größere strukturelle und finanzielle Verantwortung übernehmen – und vor allem, die eigenen, demokratischen Strukturen glaubwürdig und menschen-nah verteidigen.

Presse- und Interviewanfragen bitte an: Literatur- und Pressebüro Politycki & Partner | Stefanie Stein | stefanie.stein@politycki-partner.de | Tel. +49 (0)40/430 9315-14